70. Jahrgang. № 436

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 16. September 1926

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr: vom 16. bis 30. September 1926 bei tägl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Rm. Postbezugspreis für Monat September 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabat 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr." zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Wahl der nichtständigen Ratsstaaten.

Polen, Rumänien und Chile auf drei Jahre, Polen allein mit Wiederwählbarkeit.

Berlin begründet den Rechtsanspruch auf Abkürzung der Besatzung mit dem Völkerbundsbeitritt. — Beginn des Mordprozesses Schröder.

Die Verteilung der nichtständigen Ratssitze.

Genf, 16. Sept. **In der heutigen Vormittagssitzung der Vollversammlung des Völkerbundes im Reformationssaal wurden die folgenden acht Staaten zu nichtständigen Ratsmitgliedern gewählt: Polen mit 45 Stimmen, Rumänien mit 41 Stimmen, Holland 37, Chile 48, China 29, Belgien 41, Columbien 46, Salvador 42. Da nur diese acht Staaten im ersten Wahlgang die absolute Majorität erhalten haben, mußte ein zweiter Wahlgang veranstaltet werden.** Im zweiten Wahlgang wurde die Tschecho-Slowakei als 9. und letztes nichtständiges Ratsmitglied mit 27 Stimmen gewählt.

Im ersten Wahlgang waren noch abgegeben worden für die Tschecho-Slowakei 23, Persien 20, Portugal 16, Finnland 14, Irland 10, Uruguay 9, Dänemark 2, Siam 2, Estland 2, Kanada 2 Stimmen.

Im dritten Wahlgang wählte die Vollversammlung des Völkerbundes heute mittag Polen mit 44, Rumänien mit 39 und Chile mit 41 Stimmen zu nichtständigen Ratsmitgliedern auf drei Jahre.

Im ersten Wahlgang zur Bestimmung derjenigen Ratsmitglieder, denen Wiederwählbarkeit zugesprochen werden soll, wurde Polen mit 36 Stimmen gewählt. Da kein anderes Gesuch vorlag, ist Polen allein zum wiederwählbaren Mitglied des Rates ernannt worden. Vier Delegierte gaben weiße Zettel ab. Südafrika, das zweimal aufgerufen wurde, enthielt sich der Wahl.

Die Abstimmung verlief unter großer Spannung des gesammten Hauses. Kurz vor Verlesung des Abstimmungsergebnisses verließ Reichsaußenminister Dr. Stresemann den Saal.

Im weiteren Verlauf der heutigen Völkerbundsversammlung wurden zu

zweijährigen Ratsmitgliedern

folgende Staaten gewählt: Columbien mit 47, Holland mit 47, China mit 34 Stimmen. — Der Präsident teilte nach Verlesung des Abstimmungsresultates mit, daß nunmehr die restlichen Staaten, Belgien, Tschecho-Slowakei und San Salvador, für die Dauer eines Jahres im Rate sitzen werden.

Nach Beendigung des Wahlaktes und nach einigen Mitteilungen zur Geschäftsordnung wurde die Sitzung um 1,05 Uhr geschlossen. Die nächste Sitzung der Vollversammlung ist auf Sonnabend vormittag angesetzt.

Uruguay protestiert.

Genf, 16. Sept. Nach der Wahl der Tschecho-Slowakei zum neunten nichtständigen Ratsmitglied wurde in der heutigen Völkerbundsversammlung ein bereits angekündigtes Schreiben von Uruguay verlesen, das im wesentlichen auf einen Protest gegen das Verfahren hinausläuft, mit welchem die Gruppe der lateinamerikanischen Staaten sich von vornherein auf eine Kandidatenliste aus ihrer Mitte geeinigt und festgelegt hatte. **Als Protest gegen dieses Verfahren, das zu einer Bildung besonderer Gruppen im Völkerbunde führen müsse, ziehe Uruguay fernerhin seine Kandidatur auf einen Ratssitz zurück.** (W. T. B.)

•

Genf, 16. Sept. Nach den im amtlichen Mitteilungsblatt des Völkerbundsekretariats enthaltenen Dispositionen ist auf heute nachmittag 5 Uhr eine nichtöffentliche Ratssitzung angesetzt worden, die sich, wie man hört, u. a. mit der Danziger Frage befassen wird und an die sich um ½6 **Uhr die erste Sitzung des Völkerbundsrates in seiner neuen Zusammensetzung** anschließen soll. Wegen des zu erwartenden starken Andranges zu dieser ersten öffentlichen Sitzung des neuen Völkerbundsrates wird eine besonders strenge Einlaßkontrolle durchgeführt werden.

Der Anspruch der Dominions auf einen Ratssitz

(Durch Funkspruch.)

London, 16. Sept. Reuter meldet aus Genf: Die britische Reichsdelegation trat gestern zu einer Sitzung zusammen, in der die Frage der Ratssitze erörtert wurde. Die Verhandlungen ergaben Uebereinstimmung darüber, daß **die Dominions berechtigten Anspruch auf einen Ratssitz haben, daß es aber nicht opportun sei, im Augenblick darauf zu dringen.** Jede Delegation behält ihre vollständige Handlungsfreiheit. Hinsichtlich der britischen Haltung darf jedoch nicht vergessen werden, daß verschiedenen Ländern bestimmte Versprechungen gegeben worden sind, bevor Irlands Anspruch vorgebracht wurde. In einem von der irischen Delegation beim Völkerbund an die britische Reichsdelegation gerichteten Schreiben heißt es, daß die irische Delegation nach sorgfältiger Erwägung der Lage beschlossen habe, an der Kandidatur Irlands für einen Sitz im Rat festzuhalten. (W.T.B.)

Dr. Luther an Stresemann.

(Durch Funkspruch.)

Genf, 15. Sept. Reichskanzler a. D. Dr. Luther hat in Beantwortung eines an ihn gerichteten Funkspruches an Reichsminister Dr. Stresemann aus Arequipa (Peru) ein Telegramm gerichtet, in dem er „Glückauf im Völkerbund" wünscht. (W. T. B.)

Danzigs Mißerfolg in Genf.

Von Werner Schulz, Oliva.

Neben den großen Ereignissen und Geschehnissen, die mit der Herbsttagung des Völkerbundes verbunden waren, scheinen die Danziger Nöte und Sorgen, über die man in diesen Tagen in Genf zu entscheiden hatte, klein und bedeutungslos. Und doch sind sie für das kleine, vom deutschen Vaterland gerissene Danziger Staatswesen und damit für die Entwicklung der Dinge im ganzen Osten von maßgebender Bedeutung. Danzig war nach Genf gegangen, um dort eine Anleihe zu erhalten, die die Möglichkeit geben sollte, der zusammenbrechenden Danziger Wirtschaft und dem Staat Bestand und Unabhängigkeit zu sichern. Das Finanzkomitee hatte an die Garantierung dieser Anleihe für Danzig besondere Bedingungen geknüpft und vor allem eine Sanierung der Danziger Staatsfinanzen und eine Neuaufstellung des Staatshaushaltplanes verlangt. Danzig war dieser Forderung nachgekommen, hatte sich aber in seinen Sanierungsvorschlägen nicht an die von dem Finanzkomitee gegebenen Grundsätzen gehalten.

Schon vor der Genfer Tagung erhoben Kreise, die die wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten Danzigs kannten, ihre warnende Stimme und lehnten die Sanierungsmaßnahmen des Senats als falsch und unzureichend ab, sie wiesen auch damals bereits darauf hin, daß man in Genf diese Vorschläge Danzigs ebenfalls nicht anerkennen werde, da sie für die Wirtschaft nur eine schwere Belastung bedeuteten, aber keinerlei wirklich grundlegende Ersparnisse brächten. Trotzdem glaubte man den Anforderungen Genfs genügt zu haben und huldigte einem falschen Optimismus, der sich nun bitter gerächt hat und notwendigerweise rächen mußte. Das Finanzkomitee des Völkerbundes lehnte die Danziger Vorschläge ab und stellte eine Reihe von neuen Forderungen, von deren Erfüllung bis zur nächsten Ratstagung im Dezember es die Garantierung einer Anleihe für Danzig abhängig macht. Diese Forderungen sind außerordentlich schwerwiegender Art. Man verlangt von Danzig eine Festsetzung des Höchstbetrages seiner Etatsausgaben für die nächsten Jahre, eine Vereinfachung des Haushaltwesens und, was vor allem außerordentlich einschneidend ist, eine Herabsetzung der staatlichen Beamten um 800 Köpfe im Laufe von zwei Jahren. Ebenso fordert man eine Einschränkung der Erwerbslosenunterstützung, die in Danzig übrigens höher ist als im Reich. Wenn Danzig diese Forderungen Genfs annimmt, will man auf der Ratstagung im Dezember eine Anleihe von 30 Millionen Gulden garantieren, während zuerst eine Anleihe von 60 Millionen Gulden vorgesehen war.

Die Freie Stadt Danzig hat im letzten Jahre erhebliche Schulden, und zwar in kurzfristiger Wechselform, gemacht, die bereits seit einiger Zeit fällig sind und jetzt mit Hilfe der Anleihe abgedeckt werden sollten. Die Anleihe ist in die Ferne gerückt und die Schulden bleiben. Das Genfer Diktat ist unbarmherzig. Es ist ein trauriges Schicksal, das so jetzt über Danzig gekommen ist, und man kommt nicht um die Feststellung herum, daß eine rechtzeitige, energische, bis zum äußersten betriebene Sparsamkeit das Unheil von Danzig hätte abwenden können. Nun hat man den Weg nach Genf gehen müssen, den Weg, der sicher einer der schwersten für Danzig war, und hat einen vollen Mißerfolg erlitten.

Den polnischen Bestrebungen bietet diese Notzeit Danzigs natürlich den besten Boden, und man kann auch bereits eine verstärkte polnische Tätigkeit beobachten. Leistete sich doch ein führendes polnisches Blatt vor einigen Tagen den geradezu grotesken Witz, im vollen Ernste zu erklären, Polen würde den Anschluß Oesterreichs an Deutschland gutheißen und befürworten, wenn Deutschland dafür Polen freie Hand in Danzig und — Ostpreußen ließe. Der alte polnische Traum der Ostseeküste von Danzig bis Memel lebt wieder auf. Die polnischen Ansprüche auf einen Einfluß in der Danziger Zollverwaltung sind eine Einleitung neuer Gewaltakte gegen Danzig. Ueber diese polnischen Forderungen auf einen Einfluß in der Danziger Zollverwaltung äußerte sich neulich der Völkerbundskommissar Dr. v. Hamel in sehr zu verurteilender Weise. Anstatt, wie er als Garant der Rechte Danzigs hätte handeln müssen — diese unberechtigten Forderungen rundweg abzulehnen —, erklärte er, „man müsse eine Brücke finden". Was dieses „eine Brücke finden" bedeutet, weiß in Danzig jedes Kind. Man hat ja auch „eine Brücke gefunden", als Polen widerrechtlich in Danzig eine polnische Post einrichtete. Die Brücke war immer Danzigs gutes Recht, das man mit Füßen trat. Bezeichnend ist es dabei übrigens auch, daß vor einiger Zeit der polnische Ministerpräsident in einer Warschauer Rede zum Ausdruck brachte, Polen wolle und werde bei der Sanierung Danzigs mitarbeiten. Diese polnische „Mitarbeit" würde für Danzig das Ende seines letzten Restes von Freiheit bedeuten.

Wenn die Danziger Delegation aus Genf zurückgekehrt sein wird, werden in Danzig die parlamentarischen Auseinandersetzungen über Danzigs Schicksal beginnen. Von seiten der führenden Wirtschaftskreise wird dabei immer mehr und mehr der Ruf nach Schaffung einer zweiten Kammer oder einer ähnlichen Körperschaft laut. Im Zusammenhange damit tritt man für eine Umgestaltung der Danziger Verfassung ein, die bei der Gründung des Danziger Staatswesens geschaffen wurde und heute unter den veränderten Verhält-

Deutschlands Recht auf abgekürzte Besatzungsfrist

Die Räumung ist kein Handelsobjekt!

Berlin, 16. Sept. Ueber in Genf stattfindende Besprechungen, die die Besatzungsfrage, die Militärkontrolle usw. betreffen sollen, werden allerlei Meldungen verbreitet, zu denen nur gesagt werden kann, daß sie auf Kombinationen beruhen. Es ist wohl selbstverständlich, daß gesprächsweise alle Fragen berührt worden sind, von Verhandlungen ist aber noch keine Rede. Wenn behauptet wird, daß u. a. darüber verhandelt werde, eine Abkürzung der Besatzungsfristen gegen finanzielle Zugeständnisse einzuhandeln, so **muß darauf hingewiesen werden, daß Deutschland dadurch, daß der Vertrag von Locarno perfekt geworden und es dem Völkerbund sowie dem Rat beigetreten ist, in dem es einen ständigen Sitz bekleidet, einen Rechtsanspruch auf Abkürzung der Besatzungsfristen erhält, die Forderung der Verkürzung also kein Handelsobjekt sein kann.**

Berlin gegen Mobilisierung der Eisenbahn-Obligationen.

Berlin, 15. Sept. Ein Berliner Blatt berichtet heute abend, in Genf sei das Gerücht aufgetaucht, Frankreich beabsichtige aus der Befreiung des Rheinlandes in der Weise ein Geschäft zu machen, daß Deutschland für die Zurückziehung der Besatzungstruppen der Mobilisierung eines Teils der Eisenbahnobligationen zustimme. Urheber dieses Gedankens sollte Loucheur sein. Wie wir dazu an Berliner amtlicher Stelle hören, dürfte es zwar möglich sein, daß ein solches Gerücht in Genf aufgetaucht ist, es sei aber auf keinen Fall anzunehmen, daß von französischer Seite mit einem solchen Vorschlag an Deutschland herangetreten würde. Briand werde kaum die versöhnliche Stimmung, die sich in Genf zwischen Frankreich und Deutschland gezeigt habe, durch ein Anerbieten vernichten wollen, von dem er von vornherein wissen müßte, daß es von Deutschland mit stärkster Entrüstung zurückgewiesen werden würde. Ein solcher Vorschlag sei von französischer Seite bisher der deutschen Delegation noch nicht unterbreitet worden und es bestände auch keinerlei Grund zu der Annahme, daß er etwa noch unterbreitet werden könnte.

Der „Temps" propagiert schnellere deutsche Zahlungen.

Paris, 16. Sept. Der „Temps" wehrt sich am Mittwoch dagegen, daß die bevorstehenden direkten deutsch-französischen Verhandlungen sofort zu greifbaren Ergebnissen führen könnten. Die deutsche Presse treibe in dieser Hinsicht ein gefährliches Spiel. Man würde gut tun, sich dabei daran zu erinnern, daß die Locarno-Verträge auf dem Versailler Vertrag basiert seien. Es wäre sehr notwendig, auf die Tragweite der Unterredungen hinzuweisen und im Hinblick auf die große Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen jedes neue Mißverständnis zu vermeiden. Weiter kommt der „Temps" auf die

Möglichkeit der schnelleren Räumung des Rheinlandes

zu sprechen, und zwar **im Zusammenhang mit einer beschleunigten Abzahlung der deutschen Reparationszahlungen.** Selbst wenn die Locarno-Verträge und der Völkerbund vom Standpunkt der Sicherheit die gleiche Garantie für Frankreich bieten würden wie der Versailler Vertrag, so müßte das Problem dennoch anders gestaltet werden, denn die Besetzung des Rheinufers sei hauptsächlich als Garantie für die deutschen Reparationsleistungen beschlossen worden. Der Dawes-Plan funktioniere erst seit zwei Jahren. Man könne nicht wissen, wie sich Deutschland verhalten werde, wenn es die weit größeren Raten zu zahlen haben werde als bisher, nachdem es bereits jetzt eine Revision des Dawes-Planes mit stärkstem Nachdruck anstrebe. Die Besetzung des linken Rheinufers könne als Garantie für die Reparationszahlungen keineswegs früher verschwinden, bis Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllt habe. **Wenn aber Deutschland mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln Anstrengungen machen wolle, um sich seiner Zahlungen zu entledigen, so hinge es von ihm selbst ab, den Lauf der Ereignisse zu beschleunigen. Sonst aber bliebe die Besetzung bis zu dem im Versailler Vertrag vorgesehenen Termin aufrechterhalten. Das sei der Kern des Problems der Rheinbesetzung.** (T.-U.)